



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Stöhr, Chr.: Wirtschaftliche Umschau

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Wirtschaftliche Umschau

Die von Deutschland in Cannes übernommenen Verpflichtungen zur Reform seiner Finanzpolitik haben sich schon jetzt — obwohl ihre Erfüllung vorerst nur eingeleitet wurde — als motorische Elemente erster Ordnung erwiesen, um die deutsche Volkswirtschaft in bezug auf die Bedingungen im Konkurrenzkampf auf den großen Märkten der Welt mit seinen Wettbewerbern bald wieder in eine Reihe zu stellen, ohne ihr allerdings den entzogenen Schutz durch Zuführung neuer Kräfte zu ersetzen. Es hieße aber unsere Gegenspieler unterschätzen, wenn man annehmen wollte, die Ausschaltung des deutschen Wettbewerbs, das heißt die Beseitigung der deutschen Exportprämie durch die geforderte Heraufsetzung der deutschen Produktionskosten sei das Hauptziel, das die Alliierten durch die Bedingungen von Cannes zu erreichen wünschten. Um den größeren Zusammenhang zu überblicken, sei an folgendes erinnert: die ehemals feindlichen sowie die neutralen Volkswirtschaften, welche aus dem Kriege mit einer weit weniger großen und dringenden Schuldenlast hervorgegangen waren als Deutschland, haben schon seit geraumer Zeit das Werk in Angriff genommen, durch Beschränkung der umlaufenden Zahlungsmittel die Kaufkraft der Einheit ihrer Währung in bezug auf Waren und Dienstleistungen zu erhöhen mit dem Ziel, das Preisniveau im Inlande zu senken und den Preis des heimischen Geldes im Auslande zu heben. Da nun das große Gläubigerland, die Vereinigten Staaten, mit dieser Politik den Anfang machte, mußten alle anderen Länder, soweit sie eben konnten, folgen, um ihre Währung in einem möglichst günstigen Verhältnis zum Dollar zu erhalten. Der schnelle Aufstieg der Kaufkraft des Dollar in den Vereinigten Staaten hat erst vor wenigen Monaten langsam nachgelassen, wogegen der Preisabbau in den europäischen Ländern (außer in Mitteleuropa) weitere Fortschritte macht. Die Folge davon ist, daß das Verhältnis der Währungen dieser Länder zum Dollar eine Besserung erfahren hat. Wenn dieser Umstand auch für die beteiligten Länder als ein Erfolg zu buchen ist, so ist es doch bis auf den heutigen Tag keineswegs gelungen, die zur Herbeiführung normaler Wirtschaftsbeziehungen von Land zu Land unerläßliche Stabilität der Preishöhen und des Verhältnisses der Währungen zu einander zu erzielen. Dauernd sinkende Preise aber lähmen Produktion und Absatz und müssen Krisen, wie die gegenwärtige, hervorrufen. Der Mißerfolg dieser internationalen Defla-

tionsbewegung wird zu einem Teil darauf zurückgeführt, daß sich Deutschland ihr nicht anschließen konnte. Wenn aber nun die Entente von Deutschland fordert, in dieser Richtung ebenfalls Schritte zu unternehmen, so wird damit die eingeschlagene Politik folgerichtig weitergeführt.

Die große Krise, welche in fast allen Ententeländern und den neutralen Staaten herrscht, hat bis jetzt noch nicht mit gleicher Stärke auf Deutschland übergegriffen. Die aus mannigfachen Gründen im ganzen dauernd sinkende deutsche Valuta erlaubte es bisher, die Ausfuhrpreise niedriger zu halten als die konkurrierenden Länder und zog Aufträge und Arbeit ins Land. Die Gründe für diese Preisgestaltung der deutschen Reichsmark im Auslande liegen aber zum größten Teil weit außerhalb der Einflußsphäre der deutschen Finanzpolitik und sind zumeist aus den deutschen Bemühungen entstanden, die jeweils fälligen Zahlungen der Kriegsschuldigung zu leisten. Soweit nun diese Gründe zufolge ihrer regelmäßigen Wiederkehr die zu erstrebende Stabilität der Reichsmark unmöglich machen und deshalb immer wieder den Anstoß zu Veränderungen in der allgemeinen Preishöhe geben, sind sie auch für die ständige Zunahme der in Deutschland umlaufenden Zahlungsmittel verantwortlich zu machen, welche also auch dann nicht aufzuhören braucht, wenn es der deutschen Regierung gelingen sollte, diejenigen Teurlursachen der Inflation, welche der deutschen Wirtschaft entspringen, abzustellen. Deutschland war also gar nicht in der Lage, sich der internationalen Deflationsbewegung anzuschließen, weil seine Kriegsschulden die Inflation immer neu verstärken; und deshalb ist das bloße Bestehen der deutschen Kriegsschuld eine der vielen Ursachen der gegenwärtigen Weltkrise.

Nach ganz beträchtlichen Erhöhungen der Einnahmen und Streichung vieler Ausgabenposten ist es im Haushaltsplan für 1922 nach dem neuesten Stande der Beratungen in der Tat gelungen, im Etat der allgemeinen Reichsverwaltung einen Überschuß von 16,5 Milliarden Mark zu erzielen. Mehr als diese Summe steht zur Ausführung des Friedensvertrages an baren Mitteln nicht zur Verfügung. Von den gesamten vorgesehenen Ausgaben des Reiches im Finanzjahre 1922 in Höhe von 265,7 Milliarden Mark entfallen 187,531 Milliarden Mark, also 75 Prozent, auf die Kontributionszahlungen. Das Defizit des Rechnungsjahres 1922 beträgt 188,366 Milliarden

Markt. Der Haushalt für das laufende Etatsjahr mit allen fünf Nachträgen zeigt einen Fehlbetrag von 172,052 Milliarden Mark, der zum größten Teil aus den erforderlichen 112,429 Milliarden Mark für Kriegsschadigungen entstanden ist. Der fünfte Nachtrag zum Etat für 1921 brachte die von der Entente geforderte Streichung der staatlichen Lebensmittelzuschüsse, wodurch der deutsche Brotpreis um 75 Prozent erhöht wurde. Ursprünglich war im Haushaltsplan zur Verbilligung der 1,5 Millionen Tonnen Auslandsgetreide, welche neben den 1,38 Millionen Tonnen Umlagegetreide zur Sicherstellung der Volksernährung bis zum 31. März erforderlich sind, eine Summe von 11,1 Milliarden Mark eingesezt. Durch Steigerung der Ausgabepreise der Reichsgetreidestelle von 3440 Mark auf 6600 M. für eine Tonne Mehl und von 2812 M. auf 5462 M. für eine Tonne Getreide werden die Einnahmen dieser Behörde so anwachsen, daß der Bedarf an Verbilligungsgeldern bis zum 31. März auf 9,641 Milliarden Mark gesunken ist. Fast ebenso preistreibend wie diese Maßnahme wirken die dauernden Tarifierhöhungen der deutschen Verkehrsanstalten. Die zur Deckung der Ausgaben von der Reichseisenbahn allein im Rechnungsjahre 1921 vorgenommenen Erhöhungen der Personentaxen betragen das 14,8 bis 19fache, der Gütertaxen das 32,3fache des Friedensstandes.

Eine weitere Erhöhung wird das deutsche Preisniveau erfahren durch die Heraufsetzung des Goldzuschlages bei Zollzahlungen von 3900 Prozent auf 4400 Prozent, ebenso durch das bereits in dritter Lesung angenommene Reichsmietengesetz. Die Frage der Heraufsetzung der Kohlenpreise wird noch lebhaft erörtert, und gerade hier tritt das Problem recht deutlich zutage. Eine Steigerung der Kohlenpreise bis an die Weltmarktparität würde die deutschen Produktionskosten mit einem Schlage beträchtlich anschwellen lassen. So groß aber, wie gemeinhin angenommen wird, ist schon heute der Unterschied zwischen dem Inlandskohlenpreis und dem auf dem Weltmarkt nicht mehr. Das geht mit genügender Deutlichkeit daraus hervor, daß zum Beispiel die englische Bunkerkohle an den deutschen Küsten die weisfällische bald ganz aus dem Felde geschlagen haben wird. Auch die norddeutsche Industrie nimmt die englische Kohle wieder lieber als die rheinische, da sie sich trotz nominell höherer Preise infolge ihrer besseren Qualität fast ebenso billig stellt wie die einheimische. Anderen Industrien aber, denen es weniger auf hochwertige Kohle ankommt und auf Massenverbrauch eingestellt sind, wird aber ohne Zweifel durch

noch weiter steigende Kohlenpreise ein harter Schlag versezt, so der Kali- und Eisenindustrie. Es zeigt sich schon heute, daß englische Schiffsbleche billiger sind als deutsche. Eine ganze Reihe von Waren sind heute schon in Deutschland ebenso teuer und zum Teil teurer als zum Beispiel in England.

Einheimische Nahrungsmittel stehen noch unter der Weltmarktparität. Dieser Zustand wird sich aber auch nicht mehr lange halten können. Die Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel nach Deutschland ist scharf zurückgegangen (der Hauptgrund für die seit zwei Monaten aktive Handelsbilanz), auf die Dauer läßt sich eine solche Politik nicht durchführen, zumal die deutsche Landwirtschaft weniger produziert als in Friedenszeiten. Der aus der Gesamtheit der deutschen Großhandelspreise errechnete Index des Statistischen Reichsamtes zeigte schon seit Juni 1921 ein ziemlich scharfes Steigen (von 1366 auf 3665 im Januar). Den Kleinhandelspreisen, welche — wenn auch langsamer — der Bewegung der Großhandelspreise folgen müssen, war hierdurch ihre Richtung zwingend vorgeschrieben, und die neuen finanzpolitischen Maßnahmen geben ihnen noch einen besonders starken Auftrieb.

Die von Deutschland bisher angewandten und noch vorgeesehenen Maßnahmen zur Reorganisation seiner Wirtschaft tragen zum größten Teil die Gefahr in sich, statt zum Ziele zu führen, die Inflation ins Ungeheure anschwellen zu lassen und alle schädlichen Wirkungen eines so gestörten Geldwesens — steigende Preise und Löhne, sinkende Wechselkurse — immer wieder neu heraufzubeschwören. Wenn eine der vielen von außen wirkenden Ursachen die Reichsmark plötzlich im Werte scharf steigern würde, so würden sehr bald in Deutschland Preise gelten, die über den sogenannten Weltmarktpreisen stehen; daselbe kann natürlich eintreten, wenn die Preise in den Rohstoffländern weiter sinken. Wenn aber der Kurs der Reichsmark sich wieder verschlechtert — und die Neigung dazu liegt infolge des erneut in den Vordergrund getretenen französischen Standpunktes in der Reparationsfrage durchaus vor — wird es zwar überhaupt nicht gelingen, die deutsche Exportprämie zu beseitigen, es aber ebensowenig möglich sein, die deutsche Volkswirtschaft irgend einer Stabilisierung zuzuführen. Der einzige Weg, der übrig bleibt, den wahren wirtschaftlichen Weltfrieden wieder herzustellen, ist eine großzügige, wahrhaft kaufmännische Behandlung des Problems der internationalen Kriegsschulden.

Chr. Stöhr, Berlin